

beraten und beschlossen

Sonderausgabe 150 Jahre Landessynode

XII. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen
Landeskirche Hannovers vom 29. Mai bis 1. Juni 2013



Delegierte des Landeskirchentages (Synode) 1925 auf dem Weg zur Wahl des Landesbischofs

Typisch evangelisch

Wenn etwas typisch evangelisch ist, dann ist es die Synode. In der katholischen Kirche trifft der Bischof die maßgeblichen Entscheidungen. In der evangelischen Kirche dagegen haben die Gemeinden ein wichtiges Wort mitzureden. Das tut die hannoversche Landessynode seit genau 150 Jahren. Am 6. Oktober 1863 kamen im „Ständehaus“ in Hannover erstmals 72 Herren zur „Vorsynode“ zusammen – damals noch unter dem Vorzeichen der Staatskirche.

Historiker sehen in der Vorsynode den entscheidenden Schritt zur Bildung der hannoverschen Landeskirche überhaupt. Denn das Königreich Hannover, das ihr die Grenzen vorgab, bestand nur 52 Jahre. Es ging 1814 aus früheren Fürstentümern hervor, die bis dahin

untereinander nur wenig Zusammenhalt hatten, und verschwand schon 1866 nach dem Einmarsch der Preußen von der politischen Bildfläche. Nach Meinung von Professor Hans Otte ist es der Synode und dem drei Jahre später gegründeten Landeskonsistorium zu verdanken, dass sich die lutherischen Gemeinden auf hannoverschem Gebiet bis heute zusammengehörig fühlen.

Seit 1863 haben bisher 24 Landessynoden Gesetze geschmiedet, Haushalte verabschiedet und Bischöfe gewählt. Und sie haben dabei Mut bewiesen, als sie etwa 1999 eine 41 Jahre junge Theologin namens Margot Käßmann als erste Frau zur Bischöfin der größten deutschen Landeskirche wählten. Als Käßmann 2010 zurück-

trat, gab es eine weitere Premiere: Hans-Hermann Jantzen wurde zum ersten und bisher einzigen Bischofsvikar der Landeskirche, bis mit Ralf Meister ein neuer Bischof gewählt war.

Dass Gemeinden in der Kirchenleitung mitreden dürfen, geht theologisch auf Luthers Lehre vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen zurück. Politisch gesehen hatte auch die Demokratiebewegung im 19. Jahrhundert einen maßgeblichen Anteil. In den 150 Jahren der Landessynode hat die Landeskirche viele spannende Erfahrungen mit der Demokratie in den eigenen Reihen gemacht. Einige Einblicke gibt Ihnen diese Ausgabe zum Jubiläum.

Schneider: Synode ist unverzichtbar

Jürgen Schneider steht seit 2005 an der Spitze der Landessynode. Das Kirchenparlament muss immer wieder reformiert werden, findet er – so wie die Kirche insgesamt.

Der Präsident der hannoverschen Landessynode, Jürgen Schneider, hat das Kirchenparlament zu seinem 150-jährigen Bestehen als unverzichtbar gewürdigt. Die Synode sei aber wie die Kirche insgesamt immer wieder zu reformieren, unterstreicht Schneider. Alle Verantwortlichen in den unterschiedlichen kirchenleitenden Gremien müssten ihre Aufgaben ständig überdenken und neu definieren: „Und zwar immer unter dem Hauptaspekt, wie sie zum Wohl des Ganzen zusammenarbeiten können. Das darf sich nicht auf eine rein innerkirchliche Perspektive beschränken, sondern muss so geschehen, dass die Kirche auch die Gesellschaft inspiriert.“ Wichtig ist dem 62-Jährigen dabei, dass die Spiritualität nicht auf der Strecke bleibt. „Bei allen Debatten über die Strukturen müssen wir uns immer auch fragen, was das eigentlich Geistliche an der Kirche ist. Was sind unsere unverfügbaren Glaubensüberzeugungen? Diese Spannung zwischen dem Machbaren und dem Unverfügbaren müssen wir noch deutlicher wahrnehmen.“ Auch in Zukunft müssten sich kirchliche Mitarbeitende intensiv mit ihrem Kirchenverständnis auseinandersetzen, so wie es bei dem ökumenischen Kongress „Kirche hoch zwei“ im vergangenen Februar in Hannover geschehen sei. „Die Frage ist doch, ist die Kirche dort, wo es die Verfassung erlaubt, oder dort, wo Menschen zusammenkommen und Gemeinschaft erleben?“, sagt Schneider, der seit 2005 Präsident der Landessynode ist: „Wie werden wir in der Zukunft unser kirchliches Leben mit weniger Geld und weniger Gebäu-



den gestalten? Der Diskurs, der bisher darüber geführt wird, ist mir noch zu schwach. Er könnte etwa vom Landesbischof vorgebracht werden.“ Die größte künftige Herausforderung für die Landessynode sieht Schneider darin, dass sie im Miteinander mit den anderen kirchenleitenden Gremien ihre Rolle weiter aktiv ausübt: „Und zwar nicht gegen das Landeskirchenamt, sondern mit ihm, aber dennoch stets im kritischen Dialog.“ Das 2005 verabschiedete Sparpaket von 81,5 Millionen Euro habe einen tiefen, aber notwendigen Schnitt für alle landeskirchlichen Einrichtungen bedeutet, betont Schneider. „Wir haben das damals gründlich gemacht und sind sehr pragmatisch vorgegangen, was sicher auch nicht anders möglich war. Die nächste Landessynode muss überlegen, an welchen Stellen sie inhaltlich oder strukturell nachsteuern sollte.“ Rückblickend seien die Beschlüsse jedoch sehr fortschrittlich gewesen. Andere Landeskirchen kämen erst jetzt in diese Situation.

Kritisch sieht der Präsident die von der Landessynode selbst beschlossene Verkleinerung um ein Viertel. Bei lediglich 75 Mitgliedern sei es schwer zu gewährleisten, alle notwendigen Kompetenzen auch abzudecken. Deshalb werde im Präsidium zurzeit erwogen, die Zahl der Berufungen zu erhöhen.

Auch habe sich die Zusammenlegung von Ausschüssen nicht immer als glücklich erwiesen, sagt Schneider. „Wir werden gemeinsam mit den Ausschussvorsitzenden einige Anregungen in die nächste Landessynode weitergeben.“

Für die kommende Synode werden nach Ansicht des ehemaligen Leiters der Niedersächsischen Lutherischen Heimvolkshochschule in Hermannsburg bei Celle wieder Menschen gebraucht, die in der Lage sind, sowohl strategisch als auch geistlich verantwortlich zu denken. „Eine Leitfrage ist für mich dabei immer, ob jemand eine Berufung von Gott für dieses Engagement spürt.“

Mit Geduld und Leichtigkeit

Valentin Schmidt kam über den Kirchentag zur Landessynode und war schließlich sechs Jahre ihr Präsident. Viele erinnern sich gern an seinen lockeren Leitungsstil.

Bei langwierigen Sitzungen drängte Valentin Schmidt gern schon mal auf Entscheidungen und scheute sich auch nicht, Dauerrednern das Wort abzuschneiden. Doch selbst in angespannten Situationen bescheinigten ihm seine damaligen Mitsynodalen stets Ruhe und Gelassenheit. Schmidt, der die Landessynode von 1993 bis 1998 als Präsident leitete, galt als locker, fröhlich, ausgeglichen und dabei doch stets zupackend.

Und so ist der inzwischen 72-Jährige bis heute geblieben. Protestantischer Trübsinn liegt ihm fern – ganz im Gegenteil: „Man darf über das Evangelium doch nicht verzweifeln und verschwabbelt reden, sondern muss den Menschen die Botschaft klar, froh und mutmachend verkündigen“, sagt der hannoversche Lokalpatriot, der bis heute in seinem Lieblingsverein Hannover 96 mitmisch.

Konflikten ist Schmidt dabei weder als Chef des Kommunalverbandes des Großraums Hannover noch als Präsident des EKD-Kirchenamtes aus dem Weg gegangen. Doch im Streit um die Sache war er nie verletzend, erinnern sich Weggenossen. „Jeder, der ein Parlament leitet, sollte darauf hinwirken, dass man mitmenschlich miteinander umgeht“, betont Schmidt: „Denn schließlich könnte ja jeder Debattenredner auch recht haben.“ Deshalb lautet seine oberste Devise: „Es ist unser Gebot, aufeinander zu hören, Argumente zu wägen und dabei vor allem den Humor nicht zu verlieren.“

Das Amt des Präsidenten der Landessynode umschrieb der Jurist in seinen



Valentin Schmidt in Aktion

aktiven Zeiten gegenüber epd einmal so: „Der Präsident hat darauf zu achten, dass die Arbeit in der Synode offen, kooperativ und unparteiisch abläuft. Er sollte mit Geduld und Leichtigkeit die Zügel in der Hand halten.“

Valentin Schmidt, der schon seit Jahrzehnten im Kirchenvorstand der Neustädter Kirche aktiv ist und über den hannoverschen Kirchentag 1983 in die Landessynode kam, hat schon immer ein Herz für Menschen gehabt, die sich ehrenamtlich engagieren: „Wir können so froh sein, dass es sowohl in der Kirche als auch in der Politik, Frauen und Männer gibt, die sich für dieses Engagement zur Verfügung stellen. Davon lebt unser Gemeinwesen ja schließlich.“

Rückblickend waren für ihn die Jahre in der Landessynode auch immer eine Art „Einkerkochen“: „Ich war gezwungen, mich neben meinen Alltagsthemen mit anderen existenziellen Fragen zu beschäftigen.“ Zu allen Debatten von den Friedensdiskussionen über den christlich-jüdischen Dialog bis zur jahrelangen Kontroverse um Homosexualität im Pfarrhaus habe es vom Landeskirchenamt „hervorragende Unterlagen“ gegeben. Es waren für ihn persönlich sehr bereichernde Zeiten, erinnert er sich und fügt hinzu: „Das waren lebhaft Diskussionen und zum Teil Sternstunden der Synode, die sich auf einem hohen intellektuellen Niveau bewegten.“

Ein Dauerthema waren die Auseinandersetzungen um die kirchlichen Strukturen und die Leitungsgremien der Landeskirche. „Heute sehe ich aber auch die vielen Vorteile, die das Austarieren der verschiedenen Organe mit sich bringt“, erläutert Schmidt: „Wir haben ein ausbalanciertes Machtgefüge, in dem unterschiedliche Sichtweisen zum Tragen kommen können.“

Von klugen Ratschlägen für die heutigen Kirchenparlamentarier will der aktive Ruheständler nichts wissen. Nur so viel ist ihm zu entlocken: „Wir sollten auch weiterhin Menschen gewinnen, die in einem Beruf verankert sind, damit sie die Sicht der Welt in die binnenkirchlichen Strukturen hineinbringen. Und umgekehrt ist es wichtig, dass die Sicht der Kirche von diesen Menschen in ihrem Berufsalltag rückgekoppelt wird. Es ist also eine ‘Win-win-Situation’ für beide Seiten.“

Als der König sich verzockte

Ein handfester Skandal rüttelte vor 150 Jahren Staat und Kirche auf und führte zur Gründung der hannoverschen Landessynode. Historiker sehen in der Vorsynode einen Glücksfall der Geschichte.

Der Titel klang unspektakulär. „Vorsynode“ nannte sich das Gremium, zu dem sich am 6. Oktober 1863 in Hannover 72 wohlstuierte Herren versammelten. Ihr Auftrag: eine Verfassung für die evangelischen Gemeinden im Königreich Hannover zu entwickeln, zu der auch die Ordnung für eine Synode gehören sollte.

Doch der nüchterne Titel hatte es in sich. Denn die 72 Herren hatten durch ihre Beratungen einen heftigen Konflikt beizulegen, der die Kirche im Jahr zuvor bis auf die Grundfesten erschüttert hatte: den „Katechismusstreit“. Und sie arbeiteten so gründlich, dass ihr Werk drei Jahre später eine noch schwerere Krise überdauerte: das Ende des Königreich Hannovers durch preußische Truppen.

Der Kirchenrechtler Rudolf Smend hat die Vorsynode als „glückliches Ereignis“ der Kirchengeschichte charakterisiert. Sie legte den Grundstein für die 150-jährige Geschichte der Landessynode bis heute.

Der Historiker Professor Hans Otte sieht in der Vorsynode sogar das entscheidende Datum für die Existenz der Landeskirche überhaupt. „Die Bildung der Landessynode bedeutet eigentlich die Gründung der Landeskirche“, betont er. „Denn jetzt wird festgestellt, welche Gemeinden dazugehören.“

Ein Blick auf die Landkarte von damals zeigt im 1814 gegründeten Königreich Hannover sieben Kirchenbezirke mit staatlichen Konsistorien als Verwaltungszentren: Neben dem großen Bezirk Hannover waren dies Loccum,

Aurich, Stade, Osnabrück-Stadt, Osnabrück-Land und Otterndorf.

Die Konsistorien waren zum Teil aus alten Fürstentümern hervorgegangen und pflegten ausgeprägte Eigeninteressen. Die einzige Klammer, die sie zusammenhielt, war das königliche Kultusministerium in Hannover. Entschieden wurde ganz nach Landesherren-Art: strikt von oben nach unten.

Doch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierten sich zwei sehr unterschiedliche Bewegungen mit dem gemeinsamen Ziel, diese Ordnung zu verändern. Liberale Kräfte wollten – von der französischen Revolution herkommend – mehr Mitbestimmung in die Kirche bringen.

Und lutherisch-konfessionelle Kreise strebten – von der Erweckungsbewegung herkommend – eigene Strukturen für die Kirche an, um Religion und Glauben zu stärken. Denn am Horizont

zeichnete sich bereits die Trennung von Kirche und Staat ab.

Beide Seiten konnten sich auf das hannoversche Staatsgrundgesetz von 1833 stützen, das bereits eine Versammlung aus gewählten und berufenen geistlichen und weltlichen Personen vorsah, die den König in kirchlichen Fragen beraten sollte – also eine Art Synode.

Im Katechismusstreit gerieten beide Tendenzen jedoch zunächst hart aneinander. „Die Vorsynode ist das Ergebnis eines veritablen Skandals“, sagt Professor Otte. Denn zum Programm der Konfessionellen gehörte ein neuer Katechismus für Schule und Unterricht. Der geltende Katechismus aus dem Jahr 1790 war den Erweckten zu sehr an den Gedanken der Aufklärung orientiert – eine Reform musste her. Dafür überarbeitete nun eine Kommission einen älteren Katechismus dem Jahr 1634. Dieses Werk jedoch enthielt Passagen etwa über die Beichte, die in den Ohren der Liberalen erkonservativ, ja katholisch klangen.

Als König Georg V. am 14. April 1862 den erneuerten Katechismus durch königliche Order verbindlich einführte, brach kurz darauf ein Sturm der Entrüstung los. Der reaktionäre König wollte die Beichte wiedereinführen, hieß es. Aus Lüchow im Wendland meldete sich der liberale Pastor Karl Gustav Wilhelm Bauschmidt (1806-1864) mit der Protestschrift „Prüfet Alles“ und dem Vorwurf, die Obrigkeit wolle die protestantische Freiheit beschneiden. Seine Anhänger feierten ihn als Helden. Als Bauschmidt nach Hannover zitiert



*Kultusminister
Karl Lichtenberg
um 1860*



*Der Landessynodalausschuss
im Jahr 1922.*

*Gruppenaufnahme der Herren:
 Dr. Graf von Wedel,
 Amtsrat Rehren,
 Justizrat Dr. Haccius,
 Propst Baustedt,
 Superintendent D. Knoche,
 Superintendent D. Schaaf*

wurde, um sich vor dem Konsistorium zu verteidigen, wurde er unter „Hurra“ und „Lebehoch“-Rufen buchstäblich auf Händen getragen. Rund tausend Menschen bereiteten ihm mit Blumen und Lorbeerkränzen einen begeisterten Empfang.

Es kam sogar zur Revolte: Im Wohnhaus des Oberkonsistorialrats wurden mit Pflastersteinen die Türen und Fenster eingeworfen. Mehrere Tage lang musste das Militär Straßentumulte unterdrücken. Unter den Gendarmen gab es ein Todesopfer. Schärfster Vorwurf an den König: Er habe mit der Einführung des Katechismus die Verfassung gebrochen, die ja für solche Fälle ein beratendes Gremium vorsah.

Georg V. gab schließlich nach und nahm die verbindliche Einführung zurück. Zugleich entließ er seinen Kultusminister und mit ihm das gesamte Kabinett. Neuer Kultusminister wurde Karl Lichtenberg (1816-1883), ein Enkel des Göttinger Physikers und Literaten Georg Christoph Lichtenberg.

Der versierte Jurist blieb bis zu seinem Tod als Konsistorialpräsident im Dienst der hannoverschen Landeskirche. Der Loccumer Abt Gerhard Uhlhorn (1826-1901), als Oberkonsistorialrat ranghöchster Theologe der Landeskirche, hat den Katechismus von 1862 später inhaltlich verteidigt, die Art seiner Einführung aber als schlimmen Fehler bezeichnet.

Lichtenberg gab schließlich im Herbst 1862 das Startsignal zur Bildung der Vorsynode. Sie tagte zunächst in Abständen bis zum 14. Dezember 1863. Unter den 72 Herren waren 64 nach modernem Wahlrecht gewählt und acht durch den König berufen – jeweils zur Hälfte geistliche und weltliche Mitglieder. Zehn Monate später wurde die von ihnen entworfene Kirchengemeinde- und Synodalordnung zum ersten Gesetz der hannoverschen Landeskirche, noch bestätigt durch König Georg V. Als direkte Folge wurde 1866 – am Tag bevor die Preußen einrückten – das gemeinsame Landes-

konsistorium gegründet, das fortan neben der Landessynode die zweite Klammer der Landeskirche bildete. Es war der Vorläufer des heutigen Landeskirchenamtes.

Ab 1869 tagte die neue Synode alle drei Jahre, zwischendurch vertreten durch einen sehr einflussreichen Landessynodalausschuss. Die Frage, welche Gemeinden nun zur Landeskirche gehörten, klärte sich ganz praktisch: Wer Geld an die Landessynode zahlte, war dabei.

Dabei schälte sich auch heraus, dass die neue Landeskirche anders als etwa im übrigen Preußen, in Hessen oder Baden lutherisch organisiert war. Reformierte Gemeinden gingen eigene Wege und bildeten erst 1884 eine eigene Kirche in der preußischen Provinz Hannover.

Das Königreich Hannover war da schon Geschichte. Auch das alte Ständehaus, wo die Vorsynode tagte, ist inzwischen verschwunden. Es lag im Stadtzentrum nahe dem heutigen Kröpcke und fiel den Bomben des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Nur die Landessynode ist geblieben. Seit 1963 tagt sie im umgebauten Schwesternsaal der Henriettenstiftung.

Sozial engagiert und mit Pioniergeist

Paula Müller-Otfried setzte sich früh für die Wohlfahrtspflege und die Frauenbewegung ein. In der Kirche wollte sie mitbestimmen. Sie war 1921 die erste Frau in der Landessynode.

Erst seit 1964 dürfen Frauen in der hannoverschen Landeskirche das Pfarramt ausüben. In der Landessynode war mit Paula Müller-Otfried (1865-1946) die erste Frau bereits mehr als vier Jahrzehnte früher vertreten. Die in Hoya geborene Tochter aus bürgerlichem Haus engagierte sich früh in der christlichen Armenhilfe. Sie hat Jahre lang darum gerungen, in der Kirche nicht nur mitarbeiten, sondern auch mitbestimmen zu dürfen.

Paula Müller – den Beinamen Otfried legte sie sich später zu – wurde 1901 in Hannover Vorsitzende des „Deutschen Evangelischen Frauenbundes“. Unter ihrer Leitung mahnte der zwei Jahre zuvor gegründete Verband zunehmend „die zwingende Reformbedürftigkeit der Stellung der Frau“ an. Mit Petitionen wollten die evangelischen Frauen ein Stimmrecht in der Kirche und den kommunalen Gemeinden erreichen. Zugleich lehnten sie ein allgemeines Wahlrecht für Frauen ab, das progressivere Teile der Frauenbewegung verlangten.

1905 befasste sich die hannoversche Synode mit einer Eingabe des Frauenbundes und weiterer Verbände zum Stimmrecht für diejenigen Frauen, die unverheiratet und zugleich Haushaltsvorstände waren. „Frauen sollten auch die Verantwortung für ihre Arbeit mittragen, sie sollten da, wo sie durch die Tat das Gemeindeleben ausbauen helfen, auch ihren Rat mitzugeben, ihre Erfahrungen mitzuteilen haben“, hieß es darin.

Die Synode diskutierte Berichten zufolge zwar „lange und ernsthaft“ über



Paula Müller-Otfried

die Frage und gab die Anregung an die Gemeinden weiter, ging dann aber zur Tagesordnung über. Auch nach der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Deutschland am 12. November 1918 dauerte es noch, bis auf der Basis des neuen Wahlrechtes 1921 eine verfassungsgebende Synode zusammentrat, der Paula Müller-Otfried als erste Frau angehörte.

„Das große Rechtsbewusstsein, das sie auszeichnete, machte jede Verhandlung, so temperamentvoll sie sein konnte, zu einer Freude“, schrieb der damalige Landesbischof August Marahrens über die Zusammenarbeit. Auch politisch und in der Frauenbewegung engagierte sie sich. Ab 1920 erhielt sie für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) als eine von wenigen Frauen einen Sitz im Reichstag. Der Einsatz für die Kirche und in der

Frauenbewegung zugleich war für Paula Müller-Otfried zuweilen ein Spagat, wie ihre Biografin Halgard Kuhn schreibt.

So hatte sich der Deutsche Evangelische Frauenbund 1908 dem Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) angeschlossen, um sich vom konservativen Flügel her in die Arbeit zur Frauenfrage einzubringen. Zehn Jahre später warben große Teile des BDF für das politische Wahlrecht, und die evangelischen Frauen trennten sich wieder von dem Bund, weil sie dies ablehnten. Schon vorher waren sie von zwei Seiten in die Kritik geraten, galten ihrem kirchlichen Umfeld als zu links, den Frauenrechtlerinnen als zu rechts.

Dass Paula Müller-Otfried trotz der Ablehnung des Frauenwahlrechts später für den Reichstag kandidierte, mag verblüffen. Kuhn erklärt es damit, dass sie angesichts einer auch mit den Stimmen von Frauen stärker werden Sozialdemokratie die konservativen Kräfte stützen wollte.

Was das Wiedererstarben Deutschlands und das nationale Selbstbewusstsein anging, konnte Paula Müller-Otfried wohl den Ideen Adolf Hitlers etwas abgewinnen. Die blinde Gefolgschaft ihm gegenüber, die „Vergötzung eines Menschen“, lehnte sie jedoch entschieden ab und berief sich auf die Verantwortung des Einzelnen vor Gott. Im Oktober 1932 legte die 67-Jährige ihr Mandat im Reichstag nieder. Zwei Jahre später gab sie auch den Vorsitz des Deutschen Evangelischen Frauenbundes ab. Der Landessynode gehörte sie bis 1933 an.

Als Anhängerin von Johann-Hinrich Wichern (1808-1881) verband Paula Müller-Otfried die Frauenarbeit mit der Idee der Inneren Mission. Den sozialen Problemen der Industriegesellschaft wollte sie mit professioneller Hilfe begegnen. Gemeinsam mit Adelheid von Bennigsen gründete sie 1905 die Christlich-Soziale Frauenschule. Diese bildete als

eine der ersten Einrichtungen ihrer Art junge Frauen für soziale Berufe aus. Sie war der Grundstein für die Evangelische Fachhochschule Hannover, die heute zur staatlichen Fachhochschule gehört. Paula Müller-Otfried erwarb sich großen Respekt und bekam 1930 von der Universität Göttingen den theologischen Ehrendoktor verliehen.

Gewürdigt wurde laut Urkunde eine ernste und kluge Frau, „die ihr Leben in den Dienst der christlichen Liebesarbeit gestellt, die deutsche evangelische Frauenarbeit ein Menschenalter hindurch erfolgreich geführt“ und in Synoden und Parlamenten „für kirchliche und sittliche Erneuerung unerschrocken gekämpft“ hatte.

„Hochwürden“ oder „Bischöfliche Gnaden“?

Der erste Landeskirchentag, wie die Landessynode damals hieß, erörterte in seiner 13. Sitzung am 17. Juni 1925, welchen Titel der neu zu wählende Landesbischof tragen soll. Der folgende Text dokumentiert das Protokoll in leicht gekürzter Form.

13. Sitzung des ersten Landeskirchentages.
Geschehen im Sitzungssaale des Provinzial-Ständehauses zu Hannover am 17. Juni 1925.

Gegenwärtig: Alle Mitglieder außer den Herren Banstaedt und D. Knoche, die erkrankt sind, sowie sämtliche Bevollmächtigten des Landeskirchenamtes. Nach dem von Herrn Lic. Lohmann im Anschlusse an 1. Petri 1,22-25 gesprochenen Gebete eröffnet der Herr Präsident um 9,25 Uhr die Sitzung und nimmt zunächst dem bislang durch Erkrankung an dem Eintritt in den Landeskirchentag verhindert gewesenen Mitgliede Herrn Dr. phil. Möller-Hermannsburg das in Artikel 60 der Verfassung vorgeschriebene Gelöbnis ab und stellt hierauf den 1. Punkt der Tagesordnung „Wahl des Landesbischofs“ zur Erörterung.

Herr D. Schaaf als Vorsitzender des Ausschusses zur Vorbereitung der Bischofswahl stellt vor Eintritt in die Wahlhandlung namens des Ausschusses folgende Anträge:

1. „Der Landesbischof führt den Titel ‘Hochwürden’.“
2. „Sein Amtszeichen ist ein goldenes Kreuz am schwarzen Band.“
3. „Über die Form des Kreuzes und das von ihm zu führende Siegel soll das Landeskirchenamt dem Landeskirchenausschuß Entwürfe vorlegen, auf Grund deren der Landeskirchenausschuß die Festsetzungen trifft.“

Herr v. Lütcken stellt den Verbesserungsantrag, dem

Landesbischof mit Rücksicht auf seine bedeutsame Stellung an der Spitze der Landeskirche den Titel „Hochwürden Gnaden“ zu verleihen. (...)

Herr v. Lütcken verbessert seinen Antrag dahin, daß der Titel lauten soll „Bischöfliche Gnaden“.

Herr Nehren bittet, den Antrag abzulehnen und bei dem Titel „Hochwürden“ zu bleiben.

Herr Dr. v. Wagenhoff beantragt den Titel „Bischöfliche Hochwürden“, damit ein Unterschied zwischen dem Titel des Superintendenten und des Landesbischofs bleibt.

Herr Dr. Heiligenstaedt hält die Erörterung der Titelfrage nicht für die gebührende Einleitung zu dem hochbedeutsamen Wahlakt und beantragt eine Rückverweisung an den Ausschuß.

Dieser Antrag wird gegen eine Minderheit abgelehnt. Der verbesserte Antrag v. Lütcken („Bischöfliche Gnaden“) wird nahezu einstimmig abgelehnt.

Der Antrag Dr. v. Wagenhoff („Bischöfliche Hochwürden“) wird gegen eine Minderheit von 20 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschußantrag („Hochwürden“) wird nahezu einstimmig angenommen.

Die Ausschussanträge 2 und 3 werden einstimmig angenommen. Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten werden die Herren Dr. Zahrenhusen und Lic. Steinmetz zu Beisitzern für die Bischofswahl ernannt. Nachdem bekannt gegeben ist, daß die Wahl durch Stimmzettel zu erfolgen hat, und daß auf jeden Stimmzettel ein Name in einer den Zweifel an der Person des Gewählten ausschließenden Weise niederzuschreiben ist, wird festgestellt, daß die zu benutzenden Wahlgefäße leer sind, darauf erfolgt die Einsammlung der Stimmzettel durch die beiden Beisitzer.

Als die Nazis nach der Synode griffen

Mit juristischen Tricks versuchten Anhänger der NS-Kirchenpartei „Deutsche Christen“ von 1933 bis 1935, die Landeskirche unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch sie stießen auf Widerstand.

Mehr als 60 Jahre arbeitete die 1863 begründete Landessynode problemlos und effektiv. Doch im siebzigsten Jahr kam es zu einer schweren Verfassungskrise – der bisher schwersten in der Geschichte der Landeskirche. Ursache war 1933 die Machtergreifung der Nationalsozialisten, die in ganz Deutschland auch in den Kirchen auf dem Vormarsch waren.

Andere Kirchenvertreter wiederum wehrten sich im „Kirchenkampf“ gegen eine Gleichschaltung. Vor allem dem Eingreifen von Landesbischof August Marahrens (1875-1950) ist es zu verdanken, dass die Landeskirche während des „Dritten Reiches“ nicht von den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ dominiert wurde. Der Preis dafür war hoch – die synodale Arbeit kam vollständig zum Erliegen. Von 1934 bis 1946 hat im Hannoverschen keine Synode mehr getagt.

Das Bischofsamt war erst 1924 in der hannoverschen Kirchenverfassung verankert worden, weil die Landeskirche nach der Abdankung von Kaiser Wilhelm II. und der Trennung vom Staat ihren obersten Kirchenherrn verloren hatte. In die bisherigen Rechte des Königs trat der Kirchensenat ein, dem der Bischof vorstand. Zugleich wurde die Landessynode in „Lan-

deskirchentag“ umbenannt. „Das war schlichte Deutschtümelei“, sagt der Kirchenhistoriker Professor Hans Otte.

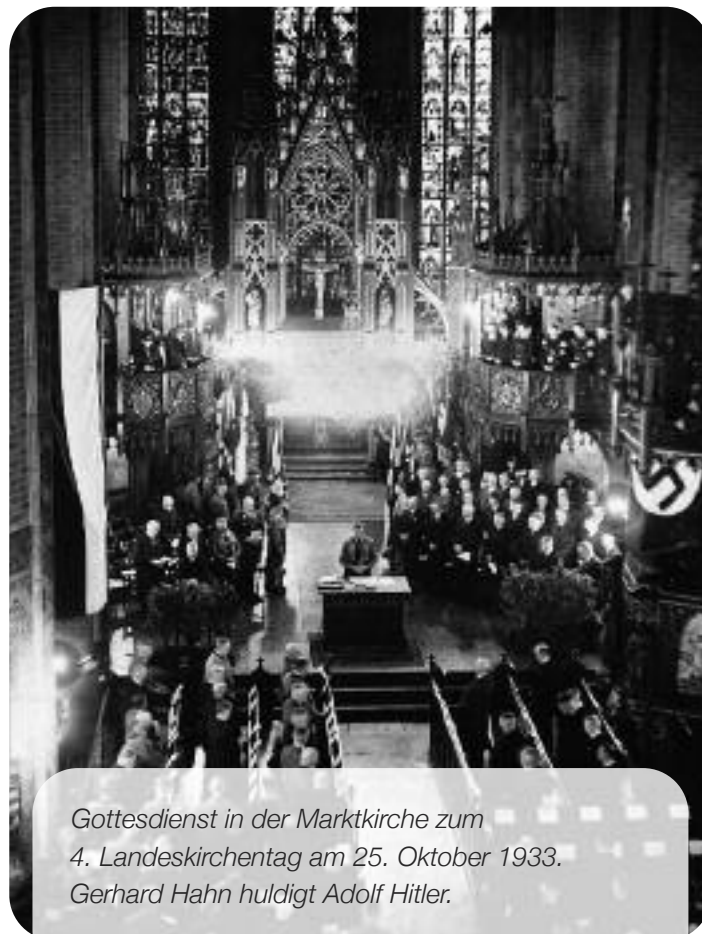
Die Geschichte des hannoverschen Kirchenkampfes beginnt im Juni 1933 im fernen Berlin. Dort nutzte die preußische Regierung eine unklare Rechts-situation, um für alle evangelischen Kirchen auf ihrem Gebiet einen Staatskommissar einzusetzen. Für Hannover war dies Pastor Gerhard Hahn (1901-1943) aus Elmlohe bei Bremerhaven. Er war Landesleiter der NS-Kirchenpartei „Deutsche Christen“ und saß seit 1932 zugleich für die NSDAP im preu-

bischen Landtag. Hahn versuchte, mit einer ganzen Reihe juristischer Tricks die hannoversche Landeskirche auf NS-Kurs zu bringen. Und die Situation war zunächst günstig für ihn: Als im Sommer Kirchenwahlen anstanden, rückten über sogenannte Einheitslisten zahlreiche Nationalsozialisten und „Deutsche Christen“ in die Kirchenvorstände und später auch in den Landeskirchentag. Dort stellten sie die Mehrheit der 62 Mitglieder.

Gerhard Hahn ging aber noch einen Schritt weiter: Gedeckt durch eine Vollmacht des Kultusministers bean-

spruchte er die Rechte des Kirchensenats für sich und berief vier neue Mitglieder in das Gremium. Der so manipulierte Kirchensenat wiederum berief neun NS-treue Mitglieder in den neuen Landeskirchentag. So erzielten die „Deutschen Christen“ dort eine verfassungsändernde Drei-Viertel-Mehrheit. Der 4. Landeskirchentag von 1933 ging als „braune Synode“ in die Geschichte der hannoverschen Landeskirche ein.

Gestützt auf die neuen Mehrheiten versetzten Hahn und seine Anhänger nun den Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und weitere Mitglieder des Landeskirchenamtes in den Ruhestand. Hahn machte sich selbst zum Geistlichen Vizepräsidenten, und linientreue



Gottesdienst in der Marktkirche zum 4. Landeskirchentag am 25. Oktober 1933. Gerhard Hahn huldigt Adolf Hitler.



Eröffnung des 4. Landeskirchentages in Hannover 1933, der zwei Jahre später für illegal erklärt wurde.

Landeskirchenräte übernahmen weitere Führungspositionen. Hahn rückte als Präsident auch an die Spitze des Landeskirchentages und schloss die erste Sitzung mit „Heil Hitler“ statt mit einem Gebet.

Bis auf das Bischofsamt waren nun sämtliche Leitungsgremien in NS-Hand. Doch die entmachteten Mitglieder des Landeskirchenamtes und des früheren Kirchensenats blieben nicht untätig, sondern klagten vor Gericht gegen ihre Emeritierung. Und Landesbischof August Marahrens, anfangs noch unsicher, schwenkte immer stärker auf die Linie der konfessionellen Lutheraner ein, die den Kurs der „Deutschen Christen“ nicht mittragen wollten. Es kam zum offenen Machtkampf: Im Herbst 1934 forderte der Landesbischof demonstrativ alle Mitglieder des Landeskirchenamtes auf, sich seiner Führung zu unterstellen, gestützt auf

eine Vollmacht aus dem Jahr 1933. Wer das ablehnte, wurde entlassen. Auch Hahn wurde so aus dem Landeskirchenamt entfernt. Er ging 1936 als Pastor nach Thüringen.

Kurz darauf löste Marahrens den Landeskirchentag auf, danach auch den Kirchensenat. Beide seien nicht legal zustande gekommen. Der Kirchensenat wiederum wehrte sich und versetzte seinerseits Marahrens in den Ruhestand – eine Pattsituation. Geklärt wurde sie im März 1935 durch das Oberlandesgericht Celle, das der Klage der entmachteten Mitglieder des Landeskirchenamtes recht gab. Der DC-beherrschte Kirchensenat und somit auch die „braune Synode“ seien illegal zustande gekommen, befanden die Richter.

Alle Gesetze des 4. Landeskirchentages wurden rückwirkend für null und nichtig erklärt. Gerhard Hahn hatte

seine Befugnisse überschritten. „Man kann die Wirkung des Urteils für die Landeskirche kaum überschätzen“, sagt Hans Otte. Denn damit hatte das Gericht auch Marahrens bestätigt. „Der Bischof hatte 1935 noch das Gefühl, er lebe in einem Rechtsstaat.“ Laut Otte hat Marahrens noch lange geglaubt, dass der NS-Staat auf rechtsstaatliche Normen ansprechbar sei. Er habe deshalb bis Kriegsende zu keiner grundlegenden Kritik am System gefunden. Neue Wahlen zu einem Landeskirchentag hat es in der hannoverschen Landeskirche von da an im „Dritten Reich“ nicht mehr gegeben. Marahrens leitete die Kirche allein. Erst 1946 kamen wieder Menschen zu einer neu begründeten „Synode“ zusammen. Bewusst wählte die Landeskirche für die Zusammenkunft wieder das alte griechische Wort. Von der Deutschtümelei hatte sie genug.

Der Wendekreis des Tankers

In den 1960er und 1970er Jahren zog mehr Demokratie in die Landessynode ein. Politisch brisante Themen wurden zwar diskutiert – doch in den Beschlüssen fanden sich meist nur moderate Töne.

Studentenunruhen, der Eichmann-Prozess, der Radikalerlass oder die Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“: Die 1960er und 1970er Jahre waren eine politisch bewegte Zeit. Viele Themen berührten auch die hannoversche Kirche, doch von der Landessynode wurden sie oft erst dann aufgegriffen, wenn sie mit Anfragen oder „Offenen Briefen“ von außen hineingetragen wurden, hat Heinrich Grosse herausgefunden. Für das Buch „Kirche in bewegten Zeiten“ hat der Theologe die Synodenunterlagen von fast zwei Jahrzehnten untersucht.

Themen wie der Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze oder die Diskussion um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wurden zwar in der Synode durchaus kontrovers verhandelt, sagt Grosse. In den Beschlüssen habe sich die Synode aber um Konsens bemüht.

An lebhaften Diskussionen erinnert sich auch der frühere hannoversche Landessuperintendent Hartmut Badenhop, der von 1965 bis 1982 der Synode angehörte. „Das Schicksal vieler Verlautbarungen war: Sie gaben nicht den Prozess wieder, der dahinter steckte, sondern am Ende ein klares Ja“, erinnert er sich.

Der als linksliberal geltende damalige Göttinger Superintendent Badenhop hatte selbst oft eine klare Position. Bis heute engagiert er sich zum Beispiel für den christlich-jüdischen Dialog. Nicht nur bei diesem Thema gab es für ihn neben der Synode aber auch andere Foren – zum Beispiel den Deutschen Evangelischen Kirchentag. „Ich muss



Hartmut Badenhop

die Verantwortung, die sich mir als Einzelnem stellt, nicht an die große Institution abgeben“, sagt er.

In der Synode warb Badenhop vor allem für mehr Demokratie und eine Debattenkultur. Die evangelische Kirche habe sich in den 1960er Jahren damit auseinandergesetzt, wie sie politisch wirken könne. Zwar müsse die Kirche politisch sein und manchmal eindeutig Stellung beziehen. Sie sei aber nicht so leicht auf eine Linie zu bringen, weil viele mitgenommen werden müssten, erläutert der Theologe.

„Die Kirche ist eher vergleichbar mit einem Tanker, der sechs Meilen braucht, bis er seine Richtung verändert.“ Für den heute 82-Jährigen war die Auseinandersetzung mit den brisanten Themen deshalb oft genauso wichtig wie ein öffentlichkeitswirksames einheitliches Votum.

So war es zum Beispiel 1968, als 154 Pastoren und Laien von der Landessynode ein klares Wort zum Vietnamkrieg und zum Frieden erbaten. Kontrovers wurde vor allem ihre deutliche Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik aufgenommen. Synodenmitglieder wendeten ein, sie seien nicht kompetent genug, sich zu äußern. Badenhop warb dafür, einen Sonderausschuss zu bilden, damit das Thema nicht gleich abgeschmettert werde. Die Landessynode beschloss am Ende eine Erklärung, die zwar auf ein Ende des Krieges drängte, aber deutlich allgemeiner blieb, als es die Verfasser des offenen Briefes wollten.

Nicht alle Reformziele für die Kirche seien erreicht worden, zieht Badenhop Bilanz. Dennoch seien die evangelische Kirche und ihr Gremium Landessynode in den 1960er und 1970er Jahren deutlich demokratischer geworden. Dazu habe auch die Gründung der Synodalgruppen beigetragen. „Als ich in die Synode kam, erlebte ich ein Parlament, in dem ganz wenige Kundige das Sagen hatten. Eine wirkliche Diskussion fand nicht statt. Das war unbefriedigend.“ Badenhop rief 1969 gemeinsam mit anderen die „Gruppe Offene Kirche“ ins Leben.

Der Austausch im kleineren Kreis sollte dafür sorgen, dass mehr Beteiligung, Transparenz und offene Debatten möglich wurden. Später kam mit der heutigen „Lebendigen Volkskirche“ eine weitere Synodalgruppe dazu. „Es hat sich etwas bewegt“, sagt Badenhop: „Langsam – wie es einem Tanker entspricht.“

Sangeskunst und Lockerungsübungen

„Du wirst uns fehlen – das ist klar.“ Zum Abschied des Bischofsvikars Hans-Hermann Jantzen schmetterte der Synodalchor vor zwei Jahren ein selbstgedichtetes Lied. Der Chor der Synode hat Tradition. Schon früher sang er nicht nur in den Andachten. Zu besonderen Anlässen entdeckte der eine oder die andere sein lyrisches Talent und dichtete eigene Liedtexte. „Drum reicht den Stab nur weiter, schon steht ein neuer Chor von rüst'gen Synodalen und pocht an unser Tor“, reimte etwa ein Synodenmitglied 1971 in einem „Abgesang auf die 17. Landessynode“. Musikalisch hat auch ein eigener Posaunenchor einige der jüngsten Tagungen bereichert. „Die Synode braucht Lockerungsübungen“, sagt der langjährige hannoversche Landessuperintendent Hartmut Badenhop, der zuvor viele Jahre in der Synode saß. „Zu meiner Zeit gab es noch einen synodalen Tanzabend“, er-



Musikalisch und textsicher: Die Synode kann auch klangvoll sein.

innert sich der 82-Jährige. Dabei stand neben Musik auch Kabarett auf dem Programm.

Für ein Schmunzeln zwischendurch sorgte auch Badenhop mit einigen Freunden durch ein nachgemachtes „Kirchliches Amtsblatt“, das juristische Spitzfindigkeiten und kirchliche Eigenarten mit Augenzwinkern auf die Schippe nahm. So verweist das „Sonderstück“ Nummer 1111 aus dem Jahr

1970 in einer Fußnote auf Sprechzeiten: „Am Montag und Dienstag können keine Besuche beim Landeskirchenamt angenommen werden. An den übrigen Tagen sind Dezernenten wegen Inanspruchnahme durch synodale Ausschüsse nicht verfügbar. Sachbearbeiter sind telefonisch zu erreichen, dürfen aber keine Entscheidungen treffen. Wegen gleitender Arbeitszeit bitten wir das Haus vorsichtig zu betreten.“

Pausenläuten mit der Glocke des Königs von Hannover

Wenn Mitglieder des Synodenpräsidiums energisch das Ende der Pause einläuten, greifen sie zu einem historisch bedeutenden Schatz. Die silberne Tischglocke von König Georg V. von Hannover wurde anlässlich der Herbsttagung 1963 der Landessynode von ihrem Mitglied Ernst August Prinz von Hannover gestiftet.

In die Glocke ist eingraviert: „Glocke von König Georg V. der Hannoverschen Landessynode zum 100jährigem Jubiläum 1963 gestiftet von Ernst August Prinz von Hannover.“

Georg V. (1819-1878) war der letzte König von Hannover.



Synode im Wandel



Schwester Erika Krause und Johanna Linz 1990



Burkhard Guntau im Synodengarten bei der Meditation über die Schöpfung



Der Synodalchor läuft zur Höchstform auf.



Rolf Krämer beim bunten Abend



Altbischof Hanns Lilje (links) und sein Nachfolger Eduard Lohse 1976

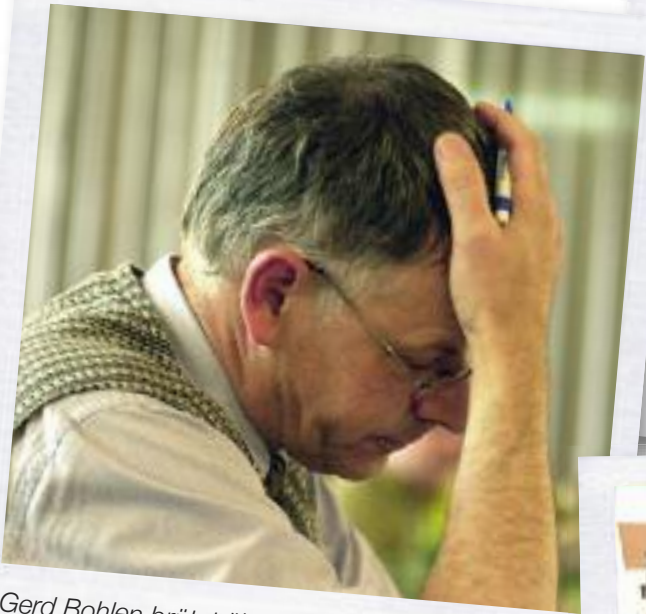


Aufführung zum Projekt „Hallo Luther“



Eckhart von Vietinghoff beim Synoden-Quiz

ndel der Zeiten



Gerd Bohlen brütet über den Akten.



Hans-Hermann Jantzen inkognito im Synodalchor



Margot Käßmann und Hans-Hermann Jantzen gratulieren Ralf Meister.



Diskussion zwischen den Synodalgruppen 1974



Mitarbeiter demonstrieren am Rand der Synode für höhere Löhne.

Surborg: Starke Synode tut Kirche gut

Die Landessynode kann in der Kirche eine Menge bewegen, meint der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg. Sie habe den Mut zu Veränderungen bewiesen.

Auch nach 13 Jahren intensiver Mitarbeit kann sich Jörn Surborg immer noch für die Arbeit in der Landessynode begeistern. „Ich hoffe sehr, dass wir auch für die nächste Legislaturperiode wieder genügend Menschen finden, die ihre Gestaltungskraft einbringen möchten“, sagt der Vorsitzende des Landessynodalausschusses (LSA): „Von dem, was wir auf synodaler Ebene verantworten und umsetzen, erleben wir ja auch die Wirkung, zum Beispiel in den Kirchenkreisen. Jeder kann also durch seine Mitarbeit tatsächlich etwas vor Ort verändern.“

Der 48-jährige Gymnasiallehrer hebt besonders die sachorientierte Atmosphäre hervor: „Ich kann mit Menschen zusammenarbeiten, auch wenn sie ganz andere Glaubensrichtungen und Positionen haben.“ Der christliche Grundgedanke mache sich zum Beispiel im Umgang miteinander bemerkbar. „Wenn es einmal zu Auseinandersetzungen kommt, spricht man danach miteinander und kann sich wieder in die Augen sehen.“ Zu einem gelingenden Miteinander trügen außerdem die Gottesdienste und Andachten bei: „Oder einfach nur unser Zu-

sammensein – schließlich verbringen wir ja einen erheblichen Teil unserer Freizeit miteinander.“

Der Zeitaufwand für die Arbeit im Kirchenparlament sei individuell sehr unterschiedlich, erläutert Surborg. Manche Synodale seien in fünf oder sechs Ausschüssen aktiv, andere nur in einem. „Wer neu zu uns kommt, erhält erst einmal eine vernünftige Einarbeitungszeit – so etwa zwei Jahre braucht man dafür.“ Wer über die Tagungen hinaus Zeit mitbringe und sich in den Ausschüssen engagiere, könne auch viel gestalten.

„Die Landessynode kann kirchenpolitisch eine Menge verändern, wenn sie sich einig ist“, betont Surborg. „Die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen wie die Verabschiedung des Haushalts und der Kirchengesetze sind dafür wesentliche Komponenten.“ Er sei mit den Leistungen der vergangenen Jahre zufrieden, bilanziert der LSA-Vorsitzende.

Surborg kann aber auch verstehen, dass die Öffentlichkeit das Kirchenparlament immer mal wieder für negative Ent-

scheidungen wie etwa Einsparungen verantwortlich macht. „Doch zu einem fairen Urteil gehört auch, dass wir besonders bei den Debatten um schmerzhaft Kürzungen immer bemüht waren, möglichst alle Betroffenen zu ihrem Recht kommen zu lassen.“ Das sei das Besondere am Aktenstück 98 gewesen, dem Sparpapier: „Wir konnten unsere finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren und sind trotzdem vom Rasenmäherprinzip weggekommen.“ Die Bremser-Mentalität, die kirchlichen Gremien manchmal nachgesagt werde, habe er nie erlebt, sagt Surborg. „Ich bin zuversichtlich, dass immer dann, wenn Dinge sich verändern müssen, alle haupt- und ehrenamtlichen Verantwortlichen auch die Kraft und den Willen aufbringen, dies umzusetzen.“

Für die Arbeit in der Landessynode sind ihm besonders die beiden Gruppierungen GOK und LVK wichtig: „Sie sind eine wesentliche Informationsplattform für alle Themen, die ein Synodaler mitverantworten muss.“ Es würde eine Synode stark schwächen, wenn jeder seine Informationen selbst zusammenstellen müsste: „Die Landessynode hat in unserem kirchlichen Miteinander auch deshalb eine so starke Stellung, weil die Gruppen so stark sind“, betont der ehemalige GOK-Sprecher. Surborg wünscht sich für die nächste Landessynode vor allem mehr Frauen in synodalen Leitungsfunktionen: „Ich finde, das Gesicht der Kirche muss im LSA oder im Senat noch ein gutes Stück weiblicher werden.“



Jörn Surborg

Warum in die Synode gehen?

Bettina Siegmund möchte auf jeden Fall wieder als Kandidatin dabei sein, wenn in diesem Herbst die 25. Landessynode gewählt wird. „Es macht Spaß, Dinge initiieren zu können“, sagt sie. Die 50-jährige Agrar-Ingenieurin und Mutter zweier Kinder arbeitet seit Beginn der laufenden Legislaturperiode Anfang 2008 in der Synode mit. Zu Hause in Bingum bei Leer engagiert sie sich in der Gemeindegemeinschaft mit Kindern und in der sozialdiakonischen Arbeit. Doch für Bettina Siegmund ist auch wichtig, beim großen Ganzen der Landeskirche mitzureden. „Die Synode ist eine Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu gestalten.“

Gerade die Ehrenamtlichen bringen zahlreiche Erfahrungen aus ihren besonderen Arbeitsfeldern in die Kirche ein, findet sie: „Sie sind sowohl Impulsgeber als auch ein wichtiges Korrektiv für kirchenleitendes Handeln.“ Sie selbst hat in den vergangenen sechs Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die Synode Positionspapiere zur grünen Gentechnik und zur Nutztierhaltung auf den Weg brachte.

Die synodale Arbeit beschreibt sie als sehr angenehm – über Gruppengrenzen hinweg. „Es gibt eine sehr konstruktive Streitkultur um Sachfragen.“ Allerdings seien „Lust und Frust“ manchmal nah beieinander. Nicht für alle Initiativen könne sie eine Mehrheit bekommen. Sparvorgaben erschweren so manche Idee. Und langwierige Beratungsprozesse strapazieren manchmal die Geduld. Dennoch will sich



Siegmund ihren Schwung nicht nehmen lassen.

Auch Fritz Hasselhorn ist bereit, weiter mitzuarbeiten. Anders als Bettina Siegmund ist der 59-jährige Oberstudienrat für Geschichte und Mathematik berufenes Mitglied der Landessynode. Auch er schätzt besonders die sachliche Atmosphäre dort: „Man wird mit Argumenten gehört, ohne dass nach einem Parteibuch gefragt wird wie in politischen Parlamenten.“

Hasselhorn, verheirateter Vater von vier Kindern, ist ehrenamtlich im Kirchenkreistag aktiv, allerdings aus Zeitgründen nicht mehr im Kirchenvorstand seines

Heimatortes Sulingen bei Diepholz. Etwa zwei Tage pro Monat plant er für die Ausschusssitzungen der Synode ein. „Die Akten lese ich im Zug.“ Und zwei Wochen pro Jahr hält er sich für die Synodentagungen

*Bettina Siegmund,
Fritz Hasselhorn*



frei. Für Fritz Hasselhorn ist das gut investierte Zeit. „Das ist die Stelle, an der wir die Rahmenbedingungen für die Kirche gestalten.“ Er selbst hat sich etwa maßgeblich für eine Änderung des Wahlgesetzes zur Synode eingesetzt – damit kleinere Kirchenkreise mehr Chancen haben. Für zu kompliziert hält er die Leitungsstruktur der Landeskirche mit ihren fünf Leitungsgremien: „Ob das zukunftsfähig ist – da habe ich so meine Fragen.“ Der Einfluss der Synode müsse stärker werden. „Wir haben das Gefühl, dass wir vor Veränderungen stehen.“

Wahl-Info

Von den derzeit 75 Mitgliedern der Landessynode sind 63 gewählt und zehn berufen. Kraft seines Amtes gehört der Abt zu Loccum dazu, zudem entsendet stets die Theologische Fakultät der Universität Göttingen eines ihrer Mitglieder. Für den 29. September hat der Kirchensenat erneut zur Synodenwahl aufgerufen. Wahlberechtigt sind rund 12.000 Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher und etwa 1.800 Pastorinnen und Pastoren sowie Mitglieder von Kirchenkreistagen. Sie geben ihre Stimmen per Briefwahl ab – wobei das Wählen zu ihren Pflichten gehört. Die 25. Landessynode kommt dann erstmals 2014 zusammen. Zu wählen sind in getrennten Sparten Ordinierte, hauptberuflich Mitarbeitende der Kirche und Ehrenamtliche, und zwar auf sechs Jahre. Wieviele es in einem Wahlbezirk sind, richtet sich nach der Zahl der dortigen Kirchenmitglieder. Möglich sind drei bis neun Plätze.

Dabei räumt die Wahlarithmetik vor allem den Ehrenamtlichen und den Ordinierten einen steigenden Proporz ein, so dass etwa in einem Wahlkreis mit sechs Plätzen drei Ehrenamtliche, zwei Ordinierte und ein beruflich Mitarbeitender gewählt werden.

Für die Synodenwahl teilt sich die hannoversche Landeskirche in zehn Wahlkreise, wobei die vier größeren Sprengel jeweils zwei Wahlkreise bilden. Die kleineren Sprengel Osnabrück und Ostfriesland bilden je für sich einen Wahlkreis.

Präsident mit jüdischer Weisheit

Keiner war so lange Synodenpräsident wie Eckart Krömer. 19 Jahre lang leitete er die Sitzungen. Und wenn es heiß her ging, hatte er immer ein Bibelzitat parat.

Sein Markenzeichen in der Landessynode waren stets die Weisheiten der Bibel. Wann immer gegenteilige Meinungen zu einem Sturm anschwellen, ging Präsident Eckart Krömer mit einem Bibelzitat dazwischen. „Notfalls half Jesus Sirach. Dann gab es immer einen Lacher, und die Wogen waren wieder geglättet“, erzählt der heute 88-Jährige. Fast 19 Jahre war er von 1974 bis 1992 der 15. Synodenpräsident. Niemand hatte dieses Amt in der 150-jährigen Geschichte länger inne. Dem Kirchenparlament gehörte er insgesamt 24 Jahre und neun Monate an.

Die Nähe zur Kirche ist dem gebürtigen Sachsen aus Plauen im Vogtland geradezu in die Wiege gelegt: Sein Großvater war Pfarrer in der Leipziger Thomaskirche. „Mit dem hübschen Titel Archidiakonus.“ Damit nicht genug, darf sich Krömer zu den direkten Nachkommen Martin Luthers in der 13. Generation zählen, den „Lutheriden“. Außerdem ist in seinem Stammbaum dank einer eingeheirateten Tante auch der berühmte Maler Lucas Cranach vertreten.

Krömers Liebe zu den klugen Sprüchen der jüdischen Weisheit sind in der Landessynode Legende. „Ich habe da gelegentlich mal – gut, relativ häufig – Jesus Sirach zitiert.“ Und weil der „gut und nützlich zu lesen“ ist, wie Luther sagt, ließ Krömer auf eigene Kosten eine Sonderausgabe drucken und an alle Synodalen und Kirchenleitenden verteilen. Folgerichtig bekam er zu seiner Verabschiedung eine Schriftrolle mit einem passenden Spruch von Jesus Sirach: „Ein weiser Regent hält sein



Eckart Krömer liebt Ostfriesentee und Jesus Sirach.

Volk in Zucht, und wo eine verständige Obrigkeit ist, da geht es ordentlich zu.“ Heiße Themen gab es viele in Krömers Amtszeit: Eine Vikarin wurde entlassen, weil sie „in wehendem Talar“ gegen eine Erhöhung der Straßenbahnpreise demonstrierte und dabei den Hildesheimer Regierungspräsidenten übel beschimpfte. Ähnliche Probleme gab es mit den ersten Castor-Transporten nach Gorleben, „wo einige Pastoren sich bemüßigt fühlten, sich einzusetzen“. Damit stellte sich die Frage, wie sich die Landessynode zur Frage der Atomenergie verhält: „Wir haben dazu erst mal nichts gesagt.“

Ein weiteres umstrittenes Thema war der Frieden. Die Landessynode hatte mit wenigen Stimmen Mehrheit eine Resolution an den Generalsekretär des Weltkirchenrates verabschiedet, er möge sich für den Weltfrieden einsetzen. Als neutraler und pflichtbewusster Präsident habe er die Resolution auch abgeschickt, sagt Krömer. Allerdings habe er sie auch mit dem Hinweis ver-

sehen, wie knapp die Entscheidung in der Synode war. „Damit der Empfänger sah: Ganz einig sind sich die da in Hannover auch nicht.“ Eine Antwort habe er nie erhalten. Theologisch distanziert sich Krömer heute von seiner Landeskirche. Er sei ein konservativer, lutherischer, evangelikaler Christ.

In seinem weltlichen Leben war der Jurist und Volkswirt 23 Jahre lang Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Emden. In dieser Zeit bemühte er sich um wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu den Niederlanden und Belgien und erforschte die ostfriesische Geschichte.

Die Kulturorganisation „Ostfriesische Landschaft“ verlieh ihm dafür das „Indigenat“ und ernannte ihn damit zum „Ostfriesen ehrenhalber“. Zahlreiche weitere Auszeichnungen wie der Niedersächsische Verdienstorden, das Bundesverdienstkreuz und der niederländische Ehrentitel „Offizier des Ordens vom Haus Oranien-Nassau“, schlossen sich an.

Die Präsidenten der Landessynode 1863 bis 2013

Vorsynode 1863-1869: Minister A.D. Alexander Levin Graf von Bennigsen, Banteln

1. Landessynode 1869-1875: Klosterkammerdirektor A.D. Friedrich Hermann Albert Freiherr von Wangenheim, Waake

1.-4. Landessynode 1875-1893: Appellations-, Gerichts-, Vizepräsident Friedrich Meyer, Celle

5. Landessynode 1893-1894: Geheimer Regierungsrat Wilhelm von der Osten, Hannover

5. Landessynode 1894-1899: Landesökonomierat Friedrich von Kaufmann, Hannover

6.-7. Landessynode 1899-1911: Landeshauptmann Georg Lichtenberg, Hannover

8. Landessynode bis 1. Landeskirchentag 1911-1928: Landschaftsrat Georg Erhard Graf von Wesel, Göttingen

2. Landeskirchentag 1928-1931: Landrat Wilhelm Barkhausen, Aurich

Außerordentlicher Landeskirchentag

1931-1932: Ritterschaftspräsident Anton-Dietrich von Wesebe, Meyenburg

3. Landeskirchentag 1932-1945: Senatspräsident Wilhelm Redepenning, Celle

Vorläufige Landessynode 1945-1947:

Pastor Otto Meyer, Hannover

14. Landessynode 1947-1953: Senatspräsident Wilhelm Friedrich Redepenning, Celle

15. Landessynode 1953-1959: Pastor D. Johannes Wolff, Hannover

16.-18. Landessynode 1959-1974: Oberstudiendirektor Martin Boyken, Hildesheim

18.-21. Landessynode 1974-1992: Diplom-Volkswirt und Jurist Eckart Krömer, Emden

21.-22. Landessynode 1993-1998: Jurist Valentin Schmidt, Hannover

23. Landessynode 1999-2004: Richter Albrecht Bungeroth, Gifhorn

23.-24. Landessynode seit 2005: Diplom-Pädagoge Jürgen Schneider, Hermannsburg

Gruppe Offene Kirche (GOK)

Mit der progressiven „Gruppe Offene Kirche“ erreichte die 1968er Bewegung die Landessynode. Sie wollte das Kirchenparlament demokratisieren und politisieren und prägte zunehmend die Debatten. Bereits 1968 schlossen sich zwölf Synodenmitglieder zu einer Fraktion zusammen. 1969 veröffentlichten 16 Männer und Frauen einen Aufruf zur Gruppenbildung in der Kirche, unter ihnen so bekannte Namen wie Hartmut Badenhop, Horst Hirschler, Martin Kruse und Ernst-Gottfried Mahrenholz. Theologisch ging die GOK vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen aus: Möglichst viele Christen sollten sich am Leben der Kirche beteiligen und mitentscheiden. Nichttheologische Mitarbeiter sollten aufgewertet und Leitungsämter befristet werden.

Die GOK brachte viele politische Themen in die Diskussion: Rassismus, Atomkraft, Frieden oder Homosexualität. „Leitend war der Gedanke, dass die Tagesordnung der Welt die Tagesordnung der Kirche bestimmt“, schreibt Matthias Wöhrmann, ehemaliges Mitglied der GOK-Synodengruppe. Nicht alle Ziele konnten direkt umgesetzt werden. „Reform ist selten gelungen, vielleicht Reparatur“, sagte der ehemalige GOK-Sprecher Rudolf Bembenneck. Heute gehören 42 Synodenmitglieder zur GOK.

Lebendige Volkskirche (LVK)

Die Gruppe „Lebendige Volkskirche“ galt lange als die konservativere der beiden Synodalgruppen. Doch die Gruppen haben sich inzwischen angenähert. Ebenso wie die GOK frommer geworden sei, so sei die LVK offener und politischer geworden, schreibt der frühere LVK-Vorsitzende Werner Wasmuth.

Die LVK ging aus der „Synodalen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) hervor, die 1970 gegründet wurde. Paradoxe Weise fanden sich hier Synodenmitglieder zusammen, die von einer Gruppenbildung eigentlich gar nichts hielten, aber irgendwie auf die GOK reagieren mussten. Die Politisierung kirchlicher Arbeit widerspreche dem Wesen der Kirche, hieß es. Gott wolle nicht trennen, sondern Menschen verbinden. 1978 gab sich die Gruppe den Namen „Position '78 – Lebendige Volkskirche“. Die Volkskirche sei für viele da, hieß es, auch für Politiker, Arbeitgeber, Banker, Polizisten und Soldaten. Eine prägende Persönlichkeit war lange Jahre der frühere Osnabrücker Landessuperintendent Gottfried Sprondel.

Die Arbeit der LVK zielt vor allem auf das Volk, auf die Menschen, für die „wir als Kirche da sein sollen“, betont Wasmuth. Unter anderem müsse dem gravierenden Abbruch an religiöser Tradition begegnet werden. Heute gehören 32 Synodenmitglieder zur LVK.

Ein Präsident mit Vergangenheit

Albrecht Bungeroth kam als Reformers in die Synode und musste lernen, dass im Kirchenparlament alles seine Zeit braucht. 1998 wählten ihn die Synodenmitglieder zu ihrem Präsidenten.

Als Albrecht Bungeroth im November 1998 mit 48 von 85 Stimmen zum Präsidenten der Landessynode gewählt wurde, gab es auch einige skeptische Gesichter. „Meine aktive GOK-Vergangenheit war manchem doch ein wenig unheimlich“, erinnert sich der 72-Jährige schmunzelnd. Insgesamt 30 Jahre arbeitete der ehemalige Richter am Gifhorner Amtsgericht in der Landessynode mit. Von 1980 an gehörte er zum Vorstand der GOK.

Die 1980er Jahre hat er als Zeiten des Aufbruchs in Erinnerung. „In der GOK waren wir wild entschlossen, die Strukturen und die Verfassung zu ändern. Und so haben wir einen Antrag formuliert, einen Ausschuss zur Überprüfung der Verfassung zu bilden.“ Dieser Antrag habe für große Aufregung gesorgt, erzählt der Jurist. Angefangen vom Landesbischof über das Landeskirchenamt bis zur LVK habe es erst hitzige Diskussionen und dann viele Hintergrundgespräche gegeben.

Herausgekommen ist ein Kompromiss mit dem ziemlich sperrigen Namen „Ausschuss zur Überprüfung landeskirchlicher Strukturen und Entscheidungswege“, abgekürzt „Ülse“-Ausschuss: „Der durfte alles“, sagt Bungeroth: „Nur eben nicht Verfassungsausschuss heißen.“ Es sei auch kein reiner Synodenausschuss gewesen, er habe Vertreter aus mehreren kirchenleitenden Organen gehabt. „Wir haben versucht, Dinge zu machen – und sie dann nach ein paar Jahren wieder seingelassen – die dann letztlich vor zehn Jahren der Perspektivsausschuss umgesetzt hat.“



Albrecht Bungeroth gratuliert 1999 Margot Käßmann zu ihrer Wahl.

Der Perspektivsausschuss sei mit der Finanzfrage an die Arbeit herangegangen und habe bei der Gelegenheit Strukturen verändert, betont Bungeroth und fügt mit seinem trocknen Humor hinzu: „Wir sind damals mit der Machtfrage gestartet, und das war verkehrt!“ Wenn er heute auf seine jahrzehntelange Arbeit im Kirchenparlament zurückblickt, fällt ihm vor allem eines auf: „Es hat sich gewaltig etwas verändert.“

In den 1980er Jahren habe man von Zeitbegrenzungen in Leitungsämtern wie etwa beim Bischofsamt nur träumen können. Erfreulich findet er auch, dass Superintendenten inzwischen wählbar sind, und dass das Thema Homosexualität im Pfarrhaus vom Tisch ist. Für Revolutionäre, die immer gleich eine Sache von heute auf morgen durchboxen wollten, seien dies vielleicht nur kleine Erfolge: „Aber heute kann ich sagen: Es hat ein wenig gedauert – und das war manchmal auch gut so. Bei einigen Vorschlägen war

schon damals nicht klar, ob sie die nächsten drei Wochen überleben würden“, bilanziert der Jurist.

Bungeroth, der das Amt des Präsidenten mit der Wahl von Margot Käßmann zur Landesbischofin übernahm, blickt positiv auf die Jahre zurück: „Ich habe das sehr gern gemacht und hatte auch den Eindruck, dass ich nach anfänglichen Vorbehalten von allen akzeptiert wurde.“ Im Herzen ist der gebürtige Magdeburger aber Synodaler geblieben: „Die sogenannte ehrenamtliche Kirchenleitung wird immer auf allen Ebenen unverzichtbar bleiben. Man darf das nicht den Hauptamtlichen überlassen“, betont er.

Das fange in der Gemeinde an und reiche bis zur Landessynode: „Wir brauchen auch in Zukunft dringend Menschen, die aktiv in der Gesellschaft stehen und wirtschaftliche und finanzielle, aber auch theologische und seelsorgerliche Themen aus eigenem Erleben und Dienst kennen.“

Als die Synodalen Hosenträger trugen

Bunte Abende, legere Kleidung: Die Arbeit in der Synode ist über die Jahrzehnte erheblich lockerer geworden. Wir dokumentieren hier einen Bericht aus dem epd-Archiv vom 23. November 1993.

„Die Hitze im Saal ist unerträglich“, hatte der Synodale Ernst August Prinz von Hannover einst verkündet und den Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, dass sich die Herren ihrer Jacketts entledigen dürften – sofern sich darunter keine Hosenträger befänden. Nach Königlichen Hoheiten und Hosenträgern hält man in der 21. Landessynode inzwischen vergeblich Ausschau. Auch Schlips und Kragen sind kein „Muss“ mehr.

Die Diakonissen und Oberinnen, die noch zu Beginn der 1960er Jahre mit

Doch ganz verdrängt haben bunte Röcke und Jeans die ehrwürdigen Diakonissen nicht. So wie schon vor 130 Jahren zu der Beginn der ersten Vor-Synode (1863 bis 1869) stehen die Schwestern auch heute noch – auf eigenen Wunsch – nach dem Servieren in Tracht und weißen Schürzen an der Wand des Speiseraumes im Henrietenstift, während sich die 97 Synodalen und der Abt zu Loccum, Landesbischof, Landessuperintendenten und Oberlandeskirchenräte das Essen schmecken lassen.

in der Woche vor dem 1. Advent. Terminliche Schwierigkeiten gibt es bei der Frühjahrstagung. Sie richtet sich nach der Industriemesse und der Messe „Huhn und Schwein“ („Dann sind immer alle Hotels ausgebucht“), den Verpflichtungen des Landesbischofs und dem Kalender der Henrietenstiftung.

Laut Kirchenverfassung hat die Synode „dem inneren und äußeren Aufbau der Landeskirche zu dienen“. Dazu gehört, den Haushaltsplan zu verabschieden, Kirchengesetze zu beschließen oder Art und Höhe der Kirchensteuer festzulegen. Die Arbeit sei ein ernstes, zeitraubendes und anstrengendes Geschäft, für das die Synodalen viel Freizeit opfern müssten, sagt Rübesam. Einige wenige stiegen bereits während ihrer ersten Amtszeit wieder aus, weil sie andere Erwartungen gehabt hätten. Die meisten blieben jedoch zwei Amtszeiten, also zwölf Jahre. Den Rekord hält der ehemalige Landgerichtspräsident Heinrich Hoppe aus Celle, der von 1959 bis 1992 Synodaler war.

Für Rübesam bestimmt das Vertrauensverhältnis, das er zu den Synodalen hat, ganz wesentlich seine Arbeit. Gern erinnert er sich an die „Festlichen Synodenabende“ in den 1970er Jahren, als die Synodalen und das Landeskirchenamt in Festkleidung, aber ohne Schuhe, zum „Tauziehen“ gegeneinander antraten oder ohne Bodenberührung über Blechbüchsen laufen mussten. Heute bleibe dafür kaum Zeit, da die Sitzungen oft bis in die Abende hinein dauerten.

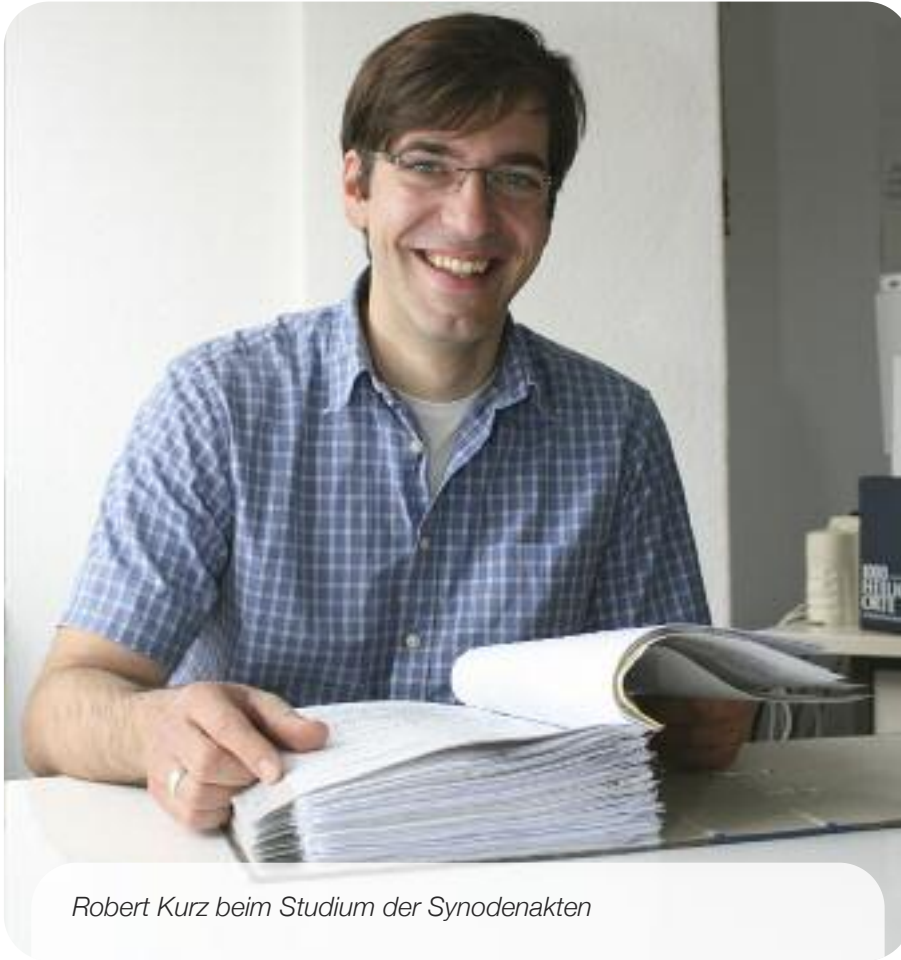
Kirchenverwaltungsrat Helmut Rübesam meint, im Laufe der Zeit sei alles schon viel lockerer geworden. Er muss es wissen. Als landeskirchlicher Mitarbeiter nahm er 1963 zum ersten Mal an einer Sitzung teil, seit 1982 leitet er das Büro der Landessynode. Der 58-Jährige ist mit seinen drei ständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den rund 25 Helfern, die während jeder Versammlung bis zum späten Abend im Einsatz sind, für die „Vorbereitung, Durchführung und Auswertung“ der Tagungen zuständig, wie es in der Geschäftsordnung heißt.

Im Durchschnitt zweimal pro Jahr kommt das Kirchenparlament für je vier Tage zusammen: im Herbst traditionell



Helmut Rübesam im angeregten Gespräch

Häubchen und Tracht die wenigen weiblichen Synodalen repräsentierten, sind von Oberstudienrätinnen, Angestellten, Hausfrauen und auch einer Superintendentin abgelöst worden. Mit 33 „Synodalinnen“, wie sich einige gern nennen, stellen die Frauen heute auch 33 Prozent der Abgeordneten.



Robert Kurz beim Studium der Synodenakten

Mit Akten, Job und Kind

Robert Kurz ist mit 32 der Jüngste in der Synode. Das Ehrenamt mit seiner jungen Familie zu vereinbaren, ist nicht immer einfach.

Robert Kurz ist mit 32 Jahren der Jüngste im hannoverschen Kirchenparlament. Seit er 26 ist, mischt er dort mit. Er selbst sehe sich eher als „Post-Jugendlicher“, sagt der Förderschullehrer aus Hannover und lacht. Als er vor sechs Jahren kandidierte, habe er ohne viel Vorwissen „einfach ja“ zu dem Amt gesagt.

Er habe deshalb auch viel Zeit gebraucht, um überhaupt die Strukturen der Synodenarbeit zu verstehen, gesteht Kurz. Durch seine Erfahrung als

SPD-Abgeordneter im Stadtrat von Langenhagen bei Hannover habe er erwartet, dass die Abläufe schneller seien und Entscheidungen rascher getroffen werden. „Wenn man in die Synode kommt, um direkt etwas umzusetzen, ist das erstmal schwierig.“

Trotzdem findet er die Aufgabe des Synodalen „hoch spannend“. Vor allem die Zusammenarbeit mit Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen sei faszinierend. Als im Bildungsausschuss der landeskirchliche Stand-

punkt zum Thema „Inklusion“ gesucht wurde, habe er ganz neue Sichtweisen aus Diakonie oder aus persönlichen Umfeldern kennengelernt, erzählt der Pädagoge.

Freunden und Bekannten muss er oft erst erklären, was die Synode überhaupt ist. Das Wort existiere ja im alltäglichen Sprachgebrauch nicht. „Viele finden meine Arbeit dort gut, können es sich aber selbst nicht vorstellen.“ Das sei schade. Kurz engagiert sich schon seit längerem in seiner Kirchengemeinde. Mit 23 wurde er bereits in den Kirchenvorstand der St.-Paulus-Gemeinde in Langenhagen gewählt.

„Ich würde mir wünschen, dass wirklich jüngere Leute in der Synode zusammenkommen, die sich vielleicht auch mit einer größeren Mehrheit einbringen können.“ Viele Gleichaltrige schreckten aber vor allem die intensiven Tagungs- und Sitzungszeiten ab. Das Amt in der Synode bringe auch viel Arbeit mit sich, erzählt Kurz, der vor zwei Jahren Vater eines Sohnes wurde. „Deshalb wird es auch unterschiedlich wahrgenommen, je nachdem in welcher Lebensphase man sich gerade befindet.“

Besonders arbeitsintensiv ist die Zeit kurz vor der Synodentagung. Hunderte Seiten in kürzester Zeit zu lesen, sei bei den täglichen Aufgaben mit Beruf und Familie oft schwer unterzubringen.

In Zukunft will Kurz sich mehr Zeit für seine Familie nehmen und vorerst nicht für die Landessynode kandidieren. Für die neuen Kandidaten hofft er darauf, dass sich trotz Wahrung der Traditionen die Strukturen vereinfachen lassen. Junge Synodale könnten dabei noch bewusster in die Arbeit des Kirchenparlaments eingebunden werden, um diese schneller zu verstehen, meint er. Ein Handbuch für die Synodenarbeit sei da nicht das richtige Mittel. „Es hilft nicht, noch mehr Papier zu bekommen, sondern das Gefühl zu haben, man wird wahrgenommen.“

Eine historische Wahl

Erstmals in ihrer Geschichte hatte die Landessynode im Juni 1999 die Wahl zwischen zwei Kandidaten für das Bischofsamt – und erstmals war mit der Generalsekretärin des Kirchentags, Margot Käßmann (damals 41), einer der beiden Bewerber eine Frau. Schon kurz nachdem Landesbischof Horst Hirschler im November davor seinen Rücktritt angekündigt hatte, war sich die GOK einig: Sie forderte, eine Frau zur Bischöfin zu wählen und knüpfte damit an eine Initiative an, die Frauen schon 1987 zu Hirschlers Wahl ins Leben gerufen hatten. Damals war sie noch erfolglos geblieben.

Im Februar 1999 verabschiedete die GOK eine Resolution an den Kirchenrat und an die Landessynode, in der es hieß: „Die Zeit ist reif, dass Frauen vermehrt Leitungsämter in der Kirche übernehmen. Das gilt auch für das bischöfliche Amt.“ Der LVK-Vorsitzende Hans-Christian Biallas warnte daraufhin vor einem „Geschlechterkampf“.

Mit Käßmann kandidierte dann knapp 40 Jahre, nachdem in der Landeskirche 1963 erstmals eine Frau ins Pfarr-

amt ordiniert wurde, tatsächlich eine Frau für das Amt. Der andere Bewerber war der Stader Landessuperintendent und spätere Landesbischof von Schaumburg-Lippe, Jürgen Johannesdotter (damals 55).

Am 5. Juni wurde Käßmann im dritten Wahlgang mit 52 Stimmen gewählt. Johannesdotter erhielt 45 Stimmen, es gab eine Enthaltung.

Fast genauso spektakulär wie die Wahl gestaltete sich elf Jahre später der

Rücktritt Käßmanns, die wenige Monate zuvor auch EKD-Ratsvorsitzende geworden war. Nach einer Autofahrt unter Alkoholeinfluss legte sie am 24. Februar 2010 alle Ämter nieder. Die Landessynode verabschiedete ihre Bischöfin am 2. Juni 2010. Auf den Tag, ja, auf die Stunde genau, elf Jahre zuvor war das Kirchenparlament zusammengekommen, um in einem dreitägigen Wahlkrimi seine neue Bischöfin zu bestimmen.



Margot Käßmann und ihr Vorgänger Horst Hirschler 1999

Horst Hirschler saß schon auf fast allen Stühlen

Abt Horst Hirschler schlägt alle Rekorde: Seit 42 Jahren begleitet der frühere Landesbischof, der im September 80 Jahre alt wird und damit auch ältester Synodaler ist, das Geschehen in der Landessynode. Erstmals nahm er 1971 als Konventual-Studiendirektor des Loccumer Predigerseminars zwischen den Kirchenparlamentariern Platz. Damals stand der Enddreißiger der progressiven GOK nahe, die er zwei Jahre zuvor mit ins Leben gerufen hatte.

Sechs Jahre später wurde der gelernte Starkstrom-Elektriker 1977 zum Landessuperintendenten in Göttingen berufen – und verfolgte die Tagungen von da an von seinem Platz im Bischofsrat aus. Nach seiner Wahl zum Landesbischof im Jahr 1988 rückte er ein paar Stühle weiter auf den Bischofsplatz. 1999 gab Hirschler sein Amt an seine Nachfolgerin Margot Käßmann weiter und trat mitnichten in den Ruhestand. Schon wenige Monate danach kehrte er als Nachfolger von Eduard Lohse im

Amt des Abtes zu Loccum unter die Synodalen zurück – und mischt dort immer noch kräftig mit. Heimisch fühlt er sich inzwischen aber eher in der LVK.

Besonders genossen hat er seine Teilnahme an der Bischofswahl von Ralf Meister vor knapp drei Jahren. „Das gibt es nur in Hannover, dass der frühere Bischof seinen Nach-Nachfolger wählen darf“, sagte er damals fröhlich: „Weil der Abt zu Loccum das eben darf. Und er macht es mit Genuss!“

Mehr als ein Silberjubiläum

Karin Aulicke beweist Durchhaltevermögen im Ehrenamt: Sie ist das dienstälteste Mitglied der Landessynode. Frauen mussten sich am Anfang durchboxen, erinnert sie sich.

Nein, eine Feier zum Silberjubiläum hat es nicht gegeben. „Auf die Idee wäre ich nie gekommen“, lacht Karin Aulicke. Dabei sind 27 Jahre Amtszeit schon eine Besonderheit. Von den aktuellen Mitgliedern ist niemand so lange in der Landessynode wie die 65-Jährige aus Reppenstedt bei Lüneburg. Längst ist sie in Debatten versiert und mit den Spielregeln vertraut. Doch als sie 1986 in die Landessynode eintrat, habe sie sich vor einer Wortmeldung manchmal Mut machen müssen, erinnert sich die Theologin und Religionslehrerin. Dann habe sie sich gesagt: „Ich werde mit der schrecklichen zehnten Klasse fertig, da werde ich auch mit Euch fertig.“

In Aulickes Anfangsjahren war die Synode noch von Männern dominiert. „Und es gab Platzhirsche. Ich glaube, nur eine Frau stand einem Ausschuss vor, und das war nur der Optik wegen.“ Freundschaften mit anderen Synodemitgliedern hätten ihr geholfen, erzählt Aulicke. Die mittlerweile verstorbene Osnabrücker Landessuperintendentin Doris Janssen-Reschke sei eine solche Freundin gewesen, mit der sie sich oft ausgetauscht habe. „Heute ist die Rede von Mentorinnen für Frauen in Führungspositionen. Sie war für mich auch so etwas.“

Gleich in ihrer Anfangszeit habe es eine lebhaftige Debatte über die Einführung der inklusiven Sprache gegeben, erinnert sich Aulicke. Nach deren Ende habe ein Vertreter des Landeskirchenamtes gebremst: Ob die Ergebnisse aufgegriffen werden, müsse noch überlegt werden. „Da bin ich aufgesprungen



Karin Aulicke informiert sich an einem Stand im Synodengarten.

und habe gesagt, ich kann nicht verstehen, warum wir nicht gleich anfangen.“ Manchmal sei die Synode vom Landeskirchenamt nicht richtig ernst genommen worden, beklagt Aulicke. „Doch das ist heute besser.“ Insgesamt gehe es in der Kirche demokratischer zu als noch vor zwei Jahrzehnten.

Wer als Mitglied der Landessynode die Kirche wirklich mitgestalten wolle, müsse viel Arbeit investieren. „Aber es ist auch spannend.“ In ihrer Zeit als Vorsitzende des Missionsausschusses etwa habe sie gelernt, weit über den Tellerrand zu blicken.

„Jeder Lehrer sollte sich noch ein zweites Standbein suchen“, sagt die 65-Jährige. Auch Aulicke selbst hat sich verändert. „Mich hat die Arbeit in der Synode selbstbewusster gemacht.“ Und etwas konservativer sei sie mit den Jahren geworden. „Man dunkelt mit dem Alter wohl ein bisschen nach.“

Dass sie nach langen Jahren in der „Gruppe Offene Kirche“, deren Vorsitzende sie zeitweise war, zur konserva-

tiveren „Lebendigen Volkskirche“ wechselte, habe aber an Personen gelegen und nicht an Inhalten. Überhaupt hätten sich die Gruppen einander immer mehr angenähert. „Am Anfang waren die einen noch von den 1968ern geprägt, und die anderen strikt dagegen.“ Heute sei der gesellschaftliche Gegenwind gegen die Kirche so stark, dass alle für das gleiche Ziel an einem Strang zögen.

Bei der anstehenden Wahl zur 25. Landessynode sitzt Karin Aulicke im Nominierungsausschuss ihres Wahlkreises, der Kandidatinnen und Kandidaten ausguckt. Das schließt aus, dass sie selbst ein weiteres Mal gewählt oder berufen wird.

Während sie als Lehrerin noch ein Jahr über den eigentlichen Ruhestand hinaus arbeiten will, gibt sie ihr Amt in der Synode endgültig ab. „Warum ich das so lange gemacht habe? Es ist eine Sache, die mir am Herzen liegt. Es sind die Menschen, die Freunde, die ich gefunden habe. Und es ist auch Idealismus.“

„In der Politik kann man sich raufen“

Immer wieder waren Mitglieder der Landessynode zugleich Abgeordnete im Landtag. Einer von ihnen war der Pastor, CDU-Abgeordnete und heutige Klosterkammer-Präsident Hans-Christian Biallas (56).

Herr Biallas, warum sind Sie in die Landessynode gegangen?

Ich war überzeugter Dorfpastor und hatte immer den Eindruck, dass es wichtig ist, dass auch die Menschen aus dem ländlichen Raum, die ihrer Kirche teilweise viel enger verbunden sind als in Ballungsgebieten, auch eine Stimme in der Synode haben sollen.



die Opposition. Gegen eine solche Regelung spricht schon allein der Name „Synode“, abgeleitet aus dem Griechischen „synodos“, also Zusammenführung auf einen Weg hin. Eine Synode hat, im Unterschied zu einem Parlament, die Aufgabe, nach einem „magnus consensus“ (großen Konsens)

zu suchen. Synoden-Beschlüsse mit einer Stimme Mehrheit sind wertlos. Parlamentsbeschlüsse mit einer Stimme Mehrheit bestimmen den Kurs.

Und warum haben Sie sich später um ein Landtagsmandat beworben?

Wenn man Politik gestalten und mitverantworten will, muss man sich einer geheimen Wahl aller wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger stellen. Das gibt es in der Kirche so nicht. Wenn man aber gewählt ist, hat man Verantwortung, und kann sich auch im tagespolitischen Geschäft ordentlich raufen. Das gehört sich in der Synode nicht.

Worin unterscheiden sich Synode und Landtag?

Ein Parlament wird von allen gewählt. Die Synode nicht – es wählen nur die Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher und die Theologinnen und Theologen. Das Kirchenvolk kann nicht wählen. Und ein Parlament zeichnet sich dadurch aus, dass es eine Regierung gibt, die vom Parlament gewählt wird. Das ist ein großer Unterschied. Die Synode wählt zwar den Landesbischof, aber mitnichten eine Kirchenregierung. Ein Parlament hat eine Regierungskoalition oder -partei und

An welchen Punkten hat Ihnen Ihre Erfahrung aus der Synode für Ihre spätere Landtagsarbeit genutzt?

Sie hat mir, was rhetorische Fertigkeiten angeht, durchaus genutzt. Reden vor der Synode sind, wenn sie einigermaßen gut sind, nicht Predigten oder Kanzelreden. Das andere ist die Fähigkeit, in schwierigen Situationen durch Argumente Mehrheiten zu organisieren. In der Synode ging das häufig über die Gruppenbildung hinaus. Im Landtag gibt es hier eine Mehrheit und dort eine Minderheit. Und die Minderheit hat ein Problem: Sie kann so klug sein, wie sie will – sie wird sich nicht durchsetzen.

Welches war Ihre parlamentarische Sternstunde im Landtag?

Sternstunden sind die Momente, in denen über grundsätzliche ethische Fragen debattiert wird. Über Präimplantationsdiagnostik hatten wir so eine außerordentlich niveauvolle Debatte im Landtag, weil wir uns völlig frei von parteipolitischer Zugehörigkeit sachlich,

fachlich, ethisch, theologisch, medizinisch ausgetauscht haben, ohne Beleidigungen und mit großem Respekt vor der Meinung des anderen. Sternstunden kommen aber relativ selten vor. Dazu gehörten auch Momente, in denen es gelang, mit guten Argumenten in begründeten Einzelfällen einen einstimmigen Beschluss des ganzen Landtages herbeizuführen.

Haben Sie auch Sternstunden in der Synode erlebt?

In der Synode war fast jede Sitzung eine Sternstunde, weil zunächst das gemeinsame Bemühen um einen glaubwürdigen Auftritt der Kirche im Vordergrund stand – obwohl auch sehr kontrovers gestritten werden konnte.

Gibt es Dinge in der parlamentarischen Arbeit, die Sie nicht mögen?

Mir widerstrebt es, wenn sich die Akteure wichtiger nehmen als die Sache, um die es geht. In der Synode wie im Parlament geht es nicht darum, sich mit sich selbst zu beschäftigen, sondern darum, die Kirche oder das Gemeinwesen nach vorne zu bringen.

Würden Sie Leuten empfehlen: Lasst Euch in die Synode wählen?

Ja. Ich gehöre allerdings zu denen, die weitere demokratische Elemente in der Kirche begrüßen würden. Ich finde die Urwahl der Synode selbst bei schlechter Wahlbeteiligung noch besser als die reine Funktionärswahl. Die Gemeinde müsste eigentlich wie bei der Kirchenvorstandswahl auch ihre Landessynode wählen.



Ralf Schiefelbein in Aktion



Büroleiter Thomas Och

Auch zwischen den Tagungen ist das Synodalebüro Brücke ins Landeskirchenamt und Ansprechpartner unter anderem des geschäftsführenden Landessynodalausschusses und der Synodalgruppen.

„Die Tagung ist nur der Berggipfel einer laufenden Arbeit“, sagt Schneider. Leiter Thomas Och zeigt sich dabei dem Präsidenten zufolge nicht nur als begabter Eventmanager – gerade auch bei der Vorbereitung des 150. Jubiläums habe er das erneut bewiesen. Bei den Tagungen Sorge Och dezent dafür, dass Eingaben der Geschäftsordnung entsprechen.

Selbst bei eigenartigen Wünschen bleiben er und sein Team gelassen. „Alle Mitarbeiter gehen sehr wertschätzend und mit viel Geduld mit uns Ehrenamtlichen um.“

Von früh bis spät im Einsatz

Während der Synodaltagungen sind sie morgens die Ersten, die kommen, und abends die Letzten, die gehen. Das Team aus dem Büro der Landessynode mit Thomas Och, Christina Platzek, Monika Erhardt und Nicole Friehoff wird in der „heißen Phase“ noch von 13 weiteren Mitarbeitern aus dem Landeskirchenamt unterstützt. Die Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel und Mitarbeiter des Evangelischen MedienServiceZentrums ergänzen das geschäftige Treiben.

Bevor die Beratungen überhaupt beginnen können, ist erst einmal Schleppe angesagt. Das gesamte Mobiliar des Tagungsraumes muss aus dem Keller in den Saal des Henriettenstifts gebracht, und Büros müssen eingerichtet werden.

Manchmal dauert es bis in die Nacht, wenn neue Aktenstücke, Beschlussvorlagen und Tagesordnungen zu Papier gebracht werden müssen, berichtet Synodenpräsident Jürgen Schneider. „Das Büro ist wie eine Ge-

schäftsstelle für das überwiegend ehrenamtliche Parlament Synode. Es hält sie am Laufen.“

Seit die Laptops Einzug gehalten haben, seien dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch einmal neu gefordert. „Manches Mitglied der Landessynode schickt seinen Antrag als Mail und hofft, dass er in den drei Minuten, die er bis zum Rednermikrofon braucht, schon fertig geschrieben vorliegt“, sagt Schneider schmunzelnd.

Das Büro der Landessynode sichert und dokumentiert Beschlüsse. Es sorgt für Quartiere und rechnet Reisekosten ab. In der sich alle sechs Jahre neu zusammensetzenden Synode steht es für Kontinuität, auch in Personen.

Seit mehr als zwölf Jahren leitet Thomas Och die Abteilung. Sein Vorgänger Helmut Rübesam war dort mehr als 30 Jahre lang tätig. Nach mehr als 40 Jahren Dienst im Landeskirchenamt wurde im vergangenen November Kirchenamtsrat Günther Schmidt-Glahn in den Ruhestand verabschiedet.

*Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers vom
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover*

Redaktion:

*Ulrike Millhahn (verantwortlich)
Michael Grau, Karen Miether,
Charlotte Morgenthal, Jörg Nielsen
Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,
Lutherisches Verlagshaus*

*Fotos: Jens Schulze,
Stiftung Archiv der Deutschen
Frauenbewegung, Aktenbestand
Deutscher Evangelischer Frauenbund,
Archiv der Evangelisch-lutherischen
Landeskirche Hannovers*

Druck: Stepat Druck GmbH, Laatzen

www.evka.de/synode